

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

hoffentlich haben Sie das neue Jahr gut angefangen.

Mit unserem Winter-Newsletter möchten wir Sie über die bildungspolitischen Themen informieren, die in den vergangenen Wochen im Hessischen Landtag thematisiert wurden.

Erfreulicherweise konnten im November-Plenum gleich mehrere unserer Großen Anfragen, die wir Anfang des Jahres eingebracht haben, endlich diskutiert werden. Kurzum: Laut der Landesregierung ist es eine „Begleiterscheinung der Postmoderne“, dass an Lehrkräfte und Schulleitungen höhere Anforderungen als noch vor 10 oder 20 Jahren gestellt werden. Zudem gehöre ein Großteil der zusätzlichen Aufgaben zu „Regelaufgaben“, die sich aus der Dienststörung ableiten. Dass wir dies nicht unwidersprochen ließen, können Sie sich denken.

Das hohe Maß an fachfremdem Unterricht im Bereich der Arbeitslehre, den wir mit einer weiteren Großen Anfrage aufgegriffen haben, ist nur ein weiteres Beispiel für den Lehrermangel, der tief in alle Schulformen hineinreicht und weit über die bekannten offenen Stellen hinausgeht. Leider weigert sich der Kultusminister noch immer zu sagen, welche Qualifikationen die 6.000 im Schuljahr 2016/2017 im Unterricht eingesetzten Personen haben, die über keine Lehrbefähigung verfügen. Im aktuellen Schuljahr dürften es noch mehr sein. Wir haben bereits eine neue Initiative hierzu gestartet. Mehr dazu und zu einigen weiteren Themen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Ich darf mich an dieser Stelle für Ihr Interesse an unserer Arbeit und ebenso für die Rückmeldungen dazu im vergangenen Jahr bedanken.

Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich alles Gute für 2018!

Bei Fragen können Sie sich gerne jederzeit an [uns wenden](#).

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Uwe Frankenberger, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

ARBEITSLEHRE ALS STUDIENFACH AUSBAUEN

Arbeitslehre ist ein Pflichtfach an hessischen Hauptschulen, Realschulen und integrierten Gesamtschulen. Unseren Vorstellungen nach sollte Arbeitslehre auch wieder im gymnasialen Bildungsgang verankert werden. Das Studium der Arbeitslehre als Unterrichtsfach begründet sich nicht nur auf eine eigene Fachdidaktik, sondern bezieht unterschiedliche Wissenschaften und außerschulische Praxisfelder ein. In der Plenardebatte forderte die stellvertretende hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Daniela Sommer eine Stärkung des Faches Arbeitslehre und eine Intensivierung der Anstrengungen von Seiten der Landesregierung. Sommer sagte: „Das Fach Arbeitslehre ist ein wichtiger Baustein, um Berufsorientierung als Fach an Universitäten zu lehren und schließlich im schulischen Alltag zu verankern. 70 Prozent des Arbeitslehre-Unterrichts werden in Hessen durch Lehrkräfte erteilt, die in dem Fach nicht

inhaltlich und didaktisch ausgebildet sind und die damit fachfremd unterrichten.“
Unsere Große Anfrage befasst sich beispielsweise mit den Fragen, wie die Attraktivität des Studienfachs Arbeitslehre gesteigert werden kann und wie viele Lehrstühle und welche Ausbildungskapazitäten es in Hessen für das Fach Arbeitslehre gibt.

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zur [Pressemitteilung](#): „Arbeitslehre in Hessen konsequent stärken – Landesregierung muss Anstrengungen intensivieren“

Unsere [Große Anfrage](#) betreffend Arbeitslehre als Studienfach

INTENSIVKLASSEN AN BERUFLICHEN SCHULEN:

INTEA – INTEGRATION DURCH ANSCHLUSS UND ABSCHLUSS

In Hessen startete zum Schuljahr 2015/2016 das InteA Programm. Dieses Programm ist zur Beschulung von Geflüchteten in Beruflichen Schulen und Schulen für Erwachsene gedacht. Christoph Degen forderte in der Landtagsdebatte die schwarz-grüne Landesregierung auf, den InteA-Schülern einen gesicherten Status und eine realistische Bleibeperspektive zu bieten. „Die jungen Menschen brauchen eine erweiterte sozialpädagogische und schulpyschologische Begleitung und Förderung, die sich nicht in der reinen Sprachförderung erschöpft und Zeit braucht. Deshalb ist die bereits mit einem Gesetzentwurf aufgegriffene SPD-Forderung, das Schulbesuchsalter auf 27 Jahre heraufzusetzen, dringend erforderlich. Degen kritisierte, dass die Landesregierung sich klammheimlich vom Ziel, allen Schülern einen Abschluss zu ermögli-

chen, verabschiedet hat, in dem nun lediglich noch ein „Anschluss“ angestrebt wird. Mit einer Großen Anfrage haben wir die Entwicklung des Programms in Bezug auf beispielsweise die Klassenanzahl, die Klassengröße sowie die Richtlinien zur Aufnahme in das Programm unter die Lupe genommen.

Unere [Große Anfrage](#) betreffend Umsetzung des Sprachförderprogramms „Integration durch Abschluss und Anschluss“ (InteA) in Hessen

Zur [Pressemitteilung](#) „Integration muss zu Schulabschluss führen und nicht in die Perspektivlosigkeit“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

DIGITALISIERUNG

In einer aktuellen Studie stellt die Bertelsmann-Stiftung fest, dass eine ausreichende digitale Ausstattung der 40.000 Schulen in Deutschland, um diese zukunftsfähig zu machen, pro Jahr mit mindestens 2,8 Milliarden Euro an Kosten verbunden sei. Das bedeute 14 Milliarden Euro in fünf Jahren.

Vor diesem Hintergrund sagte die SPD-Landtagsabgeordnete Kerstin Geis: „Vor allem bleibt die Frage offen, wer diese Kosten übernehmen soll. Zu befürchten ist, dass am Ende die Eltern im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den

größten Teil dieser noch zusätzlichen Kosten aufkommen müssen. Damit hängt der Bildungserfolg weiter vom Geldbeutel der Eltern ab und führt nicht hin zu der dringend erforderlichen Bildungsgerechtigkeit in Hessen.“

Zur [Pressemitteilung](#) „Digitalisierung an hessische Schulen darf nicht an schwarz-grüner Landesregierung scheitern“

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Digitalisierung an hessischen Schulen

LEHRERMANGEL AN HESSISCHEN SCHULEN

Die Landesregierung spielt den Lehrermangel herunter. Wenn Schulämter und Schulen jede irgendwie geeignete Person einstellen könnten, Hauptsache eine Stelle wird besetzt, führt dies nicht zu mehr Bildungsqualität. Damit setzt sich das Land auch über Verordnungen zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbGDV) hinweg und entwertet den Lehrerberuf. „Der Kultusminister verschließt die Augen und will nicht wissen, wie die Realität an den Schulen ist“, sagte der SPD-Bildungsexperte Christoph Degen. Die Antwort auf unseren Berichtsantrag stellt dar, wie viele Laien 2016/17 an unseren Schulen unterrichtet haben. Ohne 765 Studierende, die im letzten Schuljahr eingeschrieben sind, sähe die Lage viel düsterer

aus. An Grund-, Haupt- und Realschulen unterrichteten 2360 Personen ohne Lehramt. Wir bleiben dran und erfragen derzeit die Zahlen für das aktuelle Schuljahr.

Unsere [Pressemitteilung](#) „Schwarz-grüne Koalition spielt den Lehrermangel weiter herunter.“

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Ausbau von Studienplatzkapazitäten in der Lehramtsausbildung

Unser [Berichtsantrag](#) betreffend Verschleierung des Lehrermangels

BELASTUNGSSITUATIONEN AN HESSISCHEN SCHULEN

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen kritisierte die schwarz-grünen Landesregierung für die immer weiter zunehmende Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer. Degen sagte: „Keine PR-Maßnahme und kein einziger inszenierter Schulbesuch kann darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung jeden Bezug zur schulischen Realität verloren hat. Das ist das Fazit, das sich aus den Antworten der Großen Anfrage ziehen lässt. Wer die Mehrbelastungen von Lehrkräften als eine „Begleiterscheinung der Postmoderne“ betrachtet und sämtliche Aufgabenzuwächse zu „Regelaufgaben“ erklärt, disqualifiziert sich als Arbeitgeber.

schätzen, dass die Landesregierung immerhin die Zahl der Lehrkräfte kennt“, so Degen. Er kündigt an, weiter nach den Krankheitstagen hessischer Lehrkräfte zu fragen.

Zur [Pressemitteilung](#) „Schwarz-grüne Landesregierung hat Bezug zur schulischen Realität völlig verloren“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zu unserer [Großen Anfrage](#) betreffend Belastungen und Befristungen in der Arbeitswelt Schule

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Rechtmäßigkeit von „KAPOVAZ“-Verträgen an Schulen in Hessen

Unser [Berichtsantrag](#) betreffend Rechtmäßigkeit der Belastung von Schulleiterinnen und Schulleitern

Lehrkräfte sind keine Packesel, denen immer mehr aufgebürdet werden kann. Ein fürsorglicher Arbeitgeber hört zu, interessiert sich und schafft Abhilfe. Die Landesregierung hingegen hält das für überflüssig. Sie bleibe Antworten und Zahlen schuldig. Wir können uns glücklich

GEWALTPRÄVENTION UND DEMOKRATIELERNEN (GuD)

Das seit August 2007 bestehende Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)“ hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.

Die Fortbildungsangebote von GuD basieren auf Prinzipien und Standards der Partizipation, des Demokratielernens und der Gewaltprävention, sind inhaltlich aufeinander abgestimmt und werden sowohl schulformspezifisch als auch schulformübergreifend angeboten.

In unserer Kleinen Anfrage wollten wir wissen, welche Angebote das Projekt GUD beinhaltet und wie das Projekt finanziert wird. Wir brauchen mehr solcher Angebote zur Stärkung der Demokratie und politischen Bildung.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Gewaltprävention und Demokratielernen (GUD)

„WILLKOMMEN, ANKOMMEN, WEITERKOMMEN“ - NEUE FORTBILDUNG ZUR INTEGRATION

In der Reihe „Willkommen, Ankommen, Weiterkommen - Mit neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen Schule gestalten“ sollen in den nächsten zwei Jahren 16 Schulen verschiedener Schulformen im Umgang mit geflüchteten Kindern und als Multiplikatoren geschult werden. Das Programm startete im September 2017.

zur Integration teilnehmen, warum die Teilnahme auf die Anzahl von 16 Schulen festgelegt wurde und nach welchen Kriterien die Schulen ausgewählt wurden.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend „Willkommen, Ankommen, Weiterkommen“ - Neue Fortbildung zur Integration

In unserer Kleinen Anfrage wollten wir unter anderem wissen, welche 16 Schulen in Hessen an der Fortbildung



Unsere Antwort auf die IGLU-Studie:

BILDUNGSGERECHTIGKEIT DURCH BESSERE LERNBEDINGUNGEN, GANZTÄGIG UND GEBÜHRENFREI

In dem Antrag der SPD Fraktion geht es um die fehlende Bildungsgerechtigkeit sowie die verbesserungswürdigen Lernbedingungen in Hessen.

„Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, dass es den Grundschulen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht gelingt, für mehr Bildungsgerechtigkeit und ein besseres Leistungsniveau zu sorgen“, stellt Christoph Degen mit Blick auf die neueste IGLU-Studie fest. Jedes fünfte Kind verlasse die Grundschule, ohne richtig lesen zu können.

bestehen Ganztagschulsysteme. Erforderlich sei, so Christoph Degen, die Arbeit der Grundschulen aufzuwerten, mehr echte Ganztagsbeschulung zu schaffen, Gebühren für Nachmittagsunterricht abzuschaffen und Lehrkräfte zu unterstützen sowie aus- und fortzubilden. „In den letzten vier Jahren sind nur fünf neue Ganztagsgrundschulen geschaffen worden. Im dem Tempo dauert es weitere 1000 Jahre bis alle hessischen Grundschulen echte Ganztagschulen sind.“ Ganztagschulen müssen die Regel werden und Halbtagschulen die Ausnahme, so Degen.

Unser [Antrag](#) betreffend Bildungsungerechtigkeit durch bessere Lernbedingungen abbauen, ganztätig und gebührenfrei

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Die zentrale Forderung der Studie laute: Gebt den Kindern ausreichend Zeit zum Lesen. Denn während Schülerinnen und Schüler in Deutschland 87 Stunden pro Jahr speziell mit Leseunterricht und Leseaktivitäten verbringen, liege der internationale Mittelwert bei 156 Stunden. Ein wesentlicher Grund dafür: In anderen Ländern endet die Grundschule nicht um 12 oder 13 Uhr, sondern es



HAUSHALTSDEBATTE IM PLENUM

Mindestens 100 Millionen Euro aus dem Kultusetat werden gebunkert, weil sie aufgrund des Lehrermangels überhaupt nicht ausgegeben werden, kritisiert Christoph Degen.

„Neue Stellen stehen vor allem auf dem Papier, weil die Landesregierung versäumt hat, rechtzeitig Lehrkräfte auszubilden. Der angekündigte Stellenaufwuchs ist nur eine Beruhigungspille für überlastete Lehrkräfte, die in Hessen am Limit arbeiten müssen. Um mehr Bildungsgerechtig-

keit zu schaffen, muss mehr in echte Ganztagschulen, in Schulsozialarbeit und in Aus- und Fortbildung investiert werden.“

Zur [Pressemitteilung](#) „Haushaltsdebatte im Hessischen Landtag – Teil 1“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

MANGELWARE SCHULPSYCHOLOGEN

Die Landesregierung gibt die Relation von Schulpsychologen zu Schülern mit 1:7.978 an. Laut dem Bundesverband Deutscher Schulpsychologen liegt der minimale Standard jedoch bei 1:5.000.

Aus unserer Kleinen Anfrage geht hervor, dass die im Landeshaushalt verfügbaren Stellen in der Schulpsychologie primär orientiert an Schüler- und Lehrerzahlen auf die Staatlichen Schulämter verteilt werden. Außerdem ist erkennbar, dass nicht alle Stellen besetzt sind.

Des Weiteren sei eine Erhöhung der Stellen an Schulpsychologinnen und Schulpsychologen geplant. Wann dies geschehen soll, wird in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage nicht mitgeteilt.

Unsere [Kleinen Anfrage](#) betreffend Bedarf an Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Hessen

HESSENWEITE SCHÜLERINNEN- UND SCHÜLERBEFRAGUNG DER LANDESSCHÜLERVERTRETUNG

Die Landesschülervertretung Hessen startete Anfang Dezember eine hessenweite Schülerumfrage, wie es sie in dieser Form noch nie in Deutschland gegeben.

In der Umfrage geht es unter anderem um die Themen Mediennutzung, Berufsorientierung und Demokratie. Auch die Themen Inklusion sowie Mobbing und Diskriminierung stellen einen wesentlichen Teil der landesweiten Schülerbefragung dar.



Die Ergebnisse sollen nach der Auswertung durch die LSV der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Geplant ist, sie auf der Website der LSV Hessen und eventuell in einer Broschüre zu veröffentlichen.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag Christoph Degen begrüßt die Schülerbefragung im Namen seiner Fraktion. Aus Sicht der SPD könne sie eine Chance für die Verbesserung des Schulsystems sein und neue Impulse für die bildungspolitische Debatte in Hessen bringen.

PETITIONEN

Landesregierung muss endlich handeln - Herkunftssprachen an hessischen Schulen aufwerten!

Mit einer Unterschriftskampagne möchte die Hessische Initiative für Fremdsprache die Landesregierung auffordern, die Herkunftssprache als Fremdsprache an hessischen Schulen aufzuwerten, um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und ihre spezifischen Fähigkeiten zu fördern.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Herkunftssprachen wie Türkisch als zweite und dritte Fremdsprache als Wahlpflichtfach an hessischen Schulen zu integrieren.

Eine Reform sei laut der hessischen Initiative für Fremdsprachen dringend geboten und ein wichtiges Signal an die Kinder von Familien mit einer Einwanderungsgeschichte, damit ihre Mehrsprachigkeit vom Land Hessen als eigener Wert anerkannt und gefördert werde.

Aus diesem Grund bittet die Hessische Initiative für Fremdsprache die [Petition](#) mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen und gegebenenfalls weiter zu verbreiten.

Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit

Es gibt eine Petition von Hans Brügelmann, Annemarie von der Groeben, Hilbert Meyer, Renate Nietzsche, Susanne Thurn, einen deutschen Bildungsrat einzurichten, der die Weichen für ein gerechteres Bildungssystem stellen soll.

Gefordert wird darum die Einsetzung eines unabhängigen Bildungsrats, in dem Experten aus allen Bereichen vertreten sind: Schulpraxis und Erziehungswissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Sie

sollen Leitlinien und konsensfähige Reformvorschläge für die Entwicklung unseres Bildungssystems erarbeiten.

Weitere Informationen können Sie [hier](#) erhalten.

Wenn Sie diese Initiative unterstützen, können Sie die Petition [hier](#) finden.

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Enquete-Kommission Bildung

Kaum ein Thema ist so präsent in den Medien und der öffentlichen Diskussion wie die Bildung. Der Investitionsstau ist längst zum Problem geworden, egal ob bei der Sanierung maroder Schulgebäude, dem Lehrkräftemangel oder den fehlenden Unterstützungsstrukturen für die Inklusion.

Wo liegen die größten Probleme der aktuellen Bildungspolitik und wie können Schulen fit für die Zukunft gemacht werden?

Darüber diskutierten am 13. November Fabian Pflume, Landesschülersprecher in Hessen, Prof. Dr. Wolfgang Böttcher, Westfälische Wilhelms-Universität Münster und Christoph Degen, Mitglied des Hessischen Landtags.

Zu Beginn der Veranstaltung präsentierte Prof. Böttcher seine Sichtweise zu der Thematik und veranschaulichte diese mit vielen Bildern und Grafiken. Anschließend berichtete Christoph Degen vom Zustandekommen der Enquete-Kommission.

Anschließend konnten sich die Zuschauer mit Fragen und Anregungen an einer sehr konstruktiven und interessanten Gesprächsrunde beteiligen. Besonders das Ergebnis der Enquete-Kommission, die voraussichtlich im Frühjahr 2018 veröffentlicht in Form eines Berichts veröffentlicht werden, wurden vielfältig besprochen.



v. l. n. r. Prof. Dr. Wolfgang Böttcher, Martin Weinert, Christoph Degen und Fabian Pflume

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage des Abg. Degen:

„Ist der neu vom Kultusministerium eingeführte Grundwortschatz mit seinen 850 Wörtern mit dem Programm „quop“ abgestimmt?“

Antwort der Landesregierung:

„(...) der hessische Grundwortschatz dient der Entwicklung der Rechtschreibkompetenz der Schülerinnen und Schüler. Er besteht aus Funktionswörtern und Modellwörtern. Mit dem Grundwortschatz erhalten die hessischen Grundschullehrkräfte eine Handreichung, in der ausgewiesen ist, welche Wörter ein Kind am Ende der Grundschulzeit (...) Es handelt sich bei „quop“ nicht um ein Unterrichtsinstrument oder eine Handreichung für den Unterricht, sondern um eine computergeschützte Lerndiagnostik (...) Für den Deutschunterricht in der Grundschule erhalten Lehrerinnen und Lehrer damit eine differenzierte Rückmeldung zur Lernentwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler in den Bereichen phonologische Bewusstheit, Wortverständnis und Satzverständnis. Gezielt diagnostiziert werden Lesegeschwindigkeit, textbasiertes Leseverständnis, Lesegenauigkeit und wissensbasiertes Leseverständnis. (...) Die Abstimmung von „quop“ mit dem hessischen Grundwortschatz ist von der Sache her weder notwendig noch möglich. Allerdings dienen die unterschiedlichen Maßnahmen demselben Ziel: das Lesen und Schreiben in der Grundschule nachhaltig zu fördern.“

Frage des Abg. Degen:

„In welchem Umfang werden Bewerberinnen und Bewerber mit dem 1. Staatsexamen eines Lehramts, sofern sie ein oder zwei sogenannte Mangelfächer vertreten, bevorzugt in den Vorbereitungsdienst des Landes Hessen eingestellt?“

Antwort der Landesregierung:

„Die Festlegung der Vergabe der Ausbildungsstellen ist in den §§31 bis 35 der Verordnung zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz geregelt. Gemäß § 34 der Verordnung legt das Kultusministerium die Anzahl der Ausbildungsstellen und Ausbildungsplätze sowie deren Aufgliederungsbehörde zu. Dabei sind die Ausbildungskapazitäten der Studienseminare und Schulen zu berücksichtigen. Gleichzeitig fließen die Bedarfe an den Schulen und die Zahl der Bewerbungen in den einzelnen Lehrämtern, Fächern und Fachrichtungen in die Festlegung ein. Außerdem legt das Kultusministerium einen Katalog fest, in welchen Fächern oder Fachrichtungen dringlicher Ausbildungsbedarf besteht und für welche Fächer oder Fachrichtungen und in welchem Umfang ein besonderes Zulassungsverfahren angewandt werden kann. (...) Nehmen wir als Beispiel den Einstellungstermin 1. Mai 2017. Wir konnten dort beim Lehramt Haupt- und Realschule alle Bewerbungen des Hauptverfahrens in den priorisierten Fächern - das waren Physik, Chemie, Musik, Kunst, Ethik, Deutsch als Fremdsprache - berücksichtigen.“

Frage der Abg. Hofmeyer:

„Wie viele Lehrkräfte waren zum Stichtag 1. Oktober im aktuellen Schuljahr im befristeten Arbeitsverträgen an hessischen Schulen beschäftigt?“

Antwort der Landesregierung:

„Sehr geehrte Frau Abgeordnete, zum 1. Oktober 2017 waren 5.301 Lehrkräfte mit befristeten Arbeitsverträgen an hessischen Schulen beschäftigt.“

Frage der Abg. Geis:

„Wie erfolgt die Erarbeitung eines landesweiten fächerübergreifenden Curriculums zum Aufbau von Medienkompetenz hessischer Schülerinnen und Schüler auf der Basis des in der KMK-Strategie definierten Kompetenzrahmens?“

Antwort der Landesregierung:

„ (...) die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ hat einen Kompetenzrahmen mit Kompetenzen definiert, die die Schülerinnen und Schüler für eine selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft erwerben sollen. Nach dieser Strategie der KMK verpflichten sich die Länder dazu, dafür Sorge zu tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahr 2018/19 in die Grundschule eingeschult werden oder in die Sekundarstufe I eintreten, bis zum Ende der Pflichtschulzeit die in diesem Rahmen formulierten Kompetenzen erwerben können. (...) Hessen wird dafür in einem ersten Schritt ein curriculares Unterstützungsinstrument für Schulen erarbeiten, das Anknüpfungspunkte und Bezüge für den Aufbau der jeweiligen Kompetenzen des KMK-Kompetenzrahmens in den einzelnen Fachcurricula aufzeigt. (...) Dieses Instrument wird durch die Hessische Lehrkräfteakademie erarbeitet und soll den Schulen ab dem Schuljahr 2018/19 zur Verfügung stehen.“

Frage des Abg. Yüksel:

„Wie viele inklusive Schulbündnisse bestehen derzeit und wo?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Yüksel, der aktuelle Stand der inklusiven Schulbündnisse stellt sich wie folgt dar: Die erste Tranche, die im Schuljahr 2016/17 gestartet ist, befindet sich im ersten Durchführungsjahr und besteht aus 23 Schulbündnissen. (...) Die zweite Tranche, die zum Schuljahr 2017/18 gestartet ist, befindet sich zurzeit im Implementierungsjahr, wird geplant und strukturiert und besteht vorläufig aus 36 inklusiven Schulbündnissen (...) Die dritte und letzte Tranche startet zum kommenden Schuljahr 2018/19 und wird nach vorläufiger Planung 27 inklusive Schulbündnisse haben. (...)“

NACHLESE

GESPRÄCH DES ARBEITSKREISES MIT DEM MUSIKSCHULVERBAND

Zu einem Gespräch über die prekäre finanzielle Lage der öffentlichen Musikschulen in Hessen trafen sich Christoph Degen und Kerstin Geis mit dem Landesgeschäftsführer, Hans-Joachim Rieß, und dem Vorsitzenden des Landesverbands der deutschen Musikschulen, Michael Eberhardt.

Die öffentliche Musikschularbeit sei mittlerweile ernsthaft infrage gestellt, hieß es von Seiten des Verbandes. Eltern würden über ihre Beiträge durchschnittlich 62 Prozent, an einzelnen Standorten sogar bereits über 80 Prozent der Gesamtfinanzierung tragen. Zudem fehle Lehrkräftenachwuchs, weil aufgrund finanziell unzureichend gesicherter Arbeitsplätze immer mehr Studierende nach ihrem Abschluss in andere Bundesländer abwanderten.

Degen und Geis erklärten dazu, dass die SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Unterstützung der Musikschulen zusätzliche Mittel beantragen werde.



v. l. n. r. Kerstin Geis, Hans-Joachim Rieß, Michael Eberhardt und Christoph Degen

GESPRÄCH DES ARBEITSKREISES MIT DER LAG-SCHULSOZIALARBEIT HESSEN

Die Landesregierung hatte im September angekündigt, zum 1. Februar 2018 400 Stellen an Grundschulen und zum 1. August 2018 weitere 300 Stellen an weiterführenden Schulen für sozialpädagogische Fachkräfte zu schaffen.

Der Arbeitskreis diskutierte mit den Vertreterinnen der LAG Schulsozialarbeit Petra Schmidt (Goetheschule, Dieburg) und Nicole Bondaug (Heinrich-Heine-Schule, Dreieich) über diverse inhaltliche und pädagogische Unterschiede zwischen „klassischer“, nicht durch das Land finanzierter Schulsozialarbeit auf jugendhilferechtlicher Basis in den Schulen und unterrichtsbegleitender bzw. -unterstützender Arbeit durch sozialpädagogische Fachkräfte, wie von der Landesregierung befürwortet. Die LAG machte deutlich, dass Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter Kinder und Jugendliche nicht ausschließlich in ihrer Schülerrolle wahrnehmen, sondern sie mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und Interessen, mit

unterschiedlichen sozialen Bezügen begreifen und sie nicht im Unterricht, sondern vor allem in der Beratung von Schülern, Eltern und der Schulung und Beratung von Lehrkräften tätig sind.

Christoph Degen erklärte, dass die SPD-Fraktion gerne genau diese Sozialarbeit in Schulen ausbauen und mit Landesmitteln unterstützen würde. „Wir können uns eine Drittelfinanzierung von Land, Kommune und Schulträger vorstellen. Statt eines Flickenteppichs von Anstellungsverhältnissen befürworten wir, den Einsatz von Sozialpädagoginnen und -pädagogen klar und eindeutig zu definieren, gesetzlich zu verankern und Schulsozialarbeit an jeder hessischen Schule auch einzurichten.“

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [E-MAIL](#).

SPD-Landtagsfraktion

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Karina Sofie Glaum
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga-Buck
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.6, S.8 : SPD-Landtagsfraktion